

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Roth, Dr. Ehmke (Bonn), Dr. Mitzscherling, Vosen, Dr. Jens, Erler, Gautier, Müller (Pleisweiler), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Dr. Wieczorek, Bulmahn, Catenhusen, Fischer (Homburg), Ganseforth, Grunenberg, Lohmann (Witten), Nagel, Seidenthal, Vahlberg, Voigt (Frankfurt), Poß, Daubertshäuser, Dr. Hauchler, Ibrügger, Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**

**— Drucksachen 11/2658, 11/3726 —**

### **Ost-West-Handel mit Hochtechnologiegütern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die in der letzten Zeit stattfindenden revolutionären Ereignisse in den Staaten des Warschauer Paktes und insbesondere in der DDR müssen auch zu einschneidenden Veränderungen in der Haltung der westlichen Industriestaaten führen.

Nach dem Abbau der Betonmauer durch die östliche Seite muß der Westen die „Devisenmauer“ und endlich auch die „Technologie-Barriere“ des COCOM als letztes Relikt des Kalten Krieges einreißen.

Eine wirksame Hilfe für die DDR ist mit den Technologien von gestern nicht möglich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bei den westlichen Industriestaaten und Japan sowie im Atlantischen Bündnis unverzüglich auf eine vollständige Revision der COCOM-Liste zu drängen; nur noch Waffen und Waffenbestandteile, Produktionsanlagen für Waffenproduktion und entsprechende Fertigungsunterlagen dürfen Bestandteile der COCOM-Liste sein;
- die Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes auch auf dem Gebiet von Wissenschaft, Forschung und Technologie erheblich zu intensivieren;

- entsprechend der Empfehlung der Versammlung der WEU vom 8. Dezember 1989 Gespräche über Ost-West-Handel mit Spitzentechnologie und die diesbezügliche Rolle des COCOM im Rahmen der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die vom 19. März bis zum 11. April 1990 in Bonn stattfinden wird, anzusteuern;
- in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der DDR insbesondere rasch die Verwirklichung der folgenden Maßnahmen zu prüfen
  - den Forschungsetat aufzustocken, um die auszudehnende Zusammenarbeit in der Energieforschung, der Umweltforschung, der Gesundheitsforschung und in der Informationstechnik leisten zu können;
  - Institutionen und Unternehmen aus der DDR im Rahmen der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit das Recht einzuräumen, beim Bundesminister für Forschung und Technologie Anträge nach den hier geltenden Bedingungen stellen zu können;
  - unbürokratisch und rasch Hilfe für die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen und technischen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zu geben;
  - einen Fonds für wissenschaftliche Geräte einzurichten, um dem in der DDR vorherrschenden Mangel an modernen Meß- und Analysegeräten raschestmöglich abhelfen zu können. Auch Geräte, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gebraucht werden, könnten zum Teil großen Nutzen stiften;
  - einen Stipendienfonds für Wissenschaftler, Diplomanden, Doktoranden und Studenten, die aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gehen, einzurichten;
  - Wissenschaftlern und Technikern aus der DDR rasch die Zusammenarbeit mit allen Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen und finanziell zu unterstützen;
  - den Zugang der DDR zu EG-Programmen und zu EUREKA zu prüfen. Einstweilen sollte der Zugang der DDR zu den EG-Programmen und EUREKA dadurch verbessert werden, daß Verbundprojekte mit Antragstellern aus der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden;
  - neben die durch das Abkommen eingerichtete Kommission einen ständigen interministeriellen Ausschuß zwischen BMFT und dem DDR-Ministerium für Wissenschaft und Technik einzurichten.

Bonn, den 13. Dezember 1989

**Roth**  
**Dr. Ehmke (Bonn)**  
**Dr. Mitzscherling**  
**Vosen**  
**Dr. Jens**  
**Erler**  
**Gautier**  
**Müller (Pleisweiler)**  
**Dr. Klejdzinski**  
**Kolbow**  
**Dr. Wieczorek**  
**Bulmahn**  
**Catenhusen**  
**Fischer (Homburg)**

**Ganseforth**  
**Grunenberg**  
**Lohmann (Witten)**  
**Nagel**  
**Seidenthal**  
**Vahlberg**  
**Voigt (Frankfurt)**  
**Poß**  
**Daubertshäuser**  
**Dr. Hauchler**  
**Ibrügger**  
**Dr. Skarpelis-Sperk**  
**Dr. Vogel und Fraktion**

### **Begründung**

Der Ost-West-Handel ist in seinem Anteil am Welthandel nach wie vor gering. Der Ost-West-Handel mit Hochtechnologiegütern findet praktisch nicht statt.

Die zur Lösung in den Staaten des Warschauer Paktes anstehenden Probleme zum Aufbau einer funktionierenden Volkswirtschaft, so in Polen, in Ungarn, aber auch in der Sowjetunion, müssen mit den neuesten Technologien angepackt werden.

Inbesondere die DDR braucht schnelle und grundlegende wirtschaftliche Reformen. Das Wohlstandsgefälle zwischen unseren beiden Staaten muß so zügig wie möglich eingeebnet werden. Sonst besteht bei offenen Grenzen die Gefahr, daß gerade die qualifizierten Bürger abwandern. Reformanstrengungen würden damit im Ansatz zunichte gemacht.

Notwendig sind selbstverständlich:

- Preisreformen, so daß Preise Knappheiten und Produktionskosten widerspiegeln und den wirtschaftlich besten Einsatz der Ressourcen steuern;
- Entscheidungsfreiheit für die Unternehmen, auch im Außenhandel, so daß die Unternehmen auf die Preissignale reagieren können und klare Verantwortlichkeiten einziehen können;
- Leistungsgerechte Bezahlung von Arbeitnehmern und Managern, um die persönliche Motivation zu verbessern und auch die Bereitschaft zur Weiterbildung und Umschulung zu stärken;
- Chancen für private Unternehmen, gerade im Konsumsektor. Dort sind die eklatantesten Versorgungsengpässe zu beseitigen.

Führende Wirtschaftsfachleute der DDR befürworten inzwischen noch deutlicher den Übergang zu Marktorientierung und zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

Fachleute beider Seiten müssen jetzt Pläne für konkrete Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte ausarbeiten (Ost-West-Ver-

kehrswege, Telekommunikationsnetz, Ausbau des Stromverbundes, Erhalt historischer Bausubstanz, Gewässersanierung, umweltverträglichere und produktivere Energieerzeugung und -verwendung).

Gemeinsam vereinbarte Projekte sind unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Die schnelle Modernisierung der Unternehmen der DDR kann nicht primär mit Steuergeldern, sondern nur von den westdeutschen oder westlichen Unternehmen geleistet werden, denn dazu braucht es nicht nur enorme Kapitalbeträge, sondern ebenso notwendig technisches und unternehmerisches Know-how.

Alle diese Schritte würden durch ein Weiterbestehen der „Technologie-Barriere“ wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.